

## **A 7 Format NEU TOP 10.6 Freiwilligendienste Rheinland-Pfalz und deutschlandweit stärken**

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: Konferenzteil

### **Antragstext**

#### **Adressat\*innen:**

Landesregierung

Landespolitik

Ein Freiwilligendienst, gleich ob Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder einem Bundesfreiwilligendienst (BFD), bietet Vorteile für alle Beteiligten: Freiwillige können sich persönlich und beruflich orientieren, wertvolle Erfahrungen sammeln und Anerkennung erfahren. Einsatzstellen profitieren von zusätzlicher Unterstützung und frischem Wind durch junge Menschen, die potenziell als zukünftige Fachkräfte gewonnen werden können. Für die Gesellschaft stärkt das FSJ den sozialen Zusammenhalt, indem es Begegnungen über soziale und kulturelle Grenzen hinweg ermöglicht, Berührungspunkte abbaut und die Demokratiefähigkeit der Beteiligten fördert.

Aus diesen Gründen tragen wir als Landesjugendring Rheinland-Pfalz den Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2020 „Freiwilligendienste jetzt stärken!“<sup>1</sup> voller Überzeugung mit.

Darüber hinaus fordern wir:

- **Eine gesetzliche Garantie und ein entsprechendes Recht auf auskömmliche Förderung einer jeden Vereinbarung, die zwischen Freiwilligen, Trägern und Einsatzstellen zustande kommt.**
- **Ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld auf BaFög-Niveau.**
- Eine Abkehr von der politischen Diskussion um einen sozialen Pflichtdienst und die Beibehaltung der Aussetzung der Wehrpflicht.

34  
35  
36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45  
46  
47  
48  
49  
50  
51  
52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76

- #freiefahrtfuerfreiwillige – Ein Angebot kostenfreier oder kostengünstiger ÖPNV-Tickets für alle Freiwilligen in Rheinland-Pfalz. Freiwillige nehmen für ihr Engagement Wege zur Einsatzstelle in Kauf, für die sie auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind. Busse und Bahnen sind die Verkehrsmittel Nr. 1 für viele Freiwillige. Freiwillige benötigen eine einfache, kostengünstige Mobilität, um ihre Dienststelle zu erreichen, Gleichgesinnte zu treffen und ihre Region zu erkunden. Ein kostenfreies oder kostengünstiges ÖPNV-Ticket stärkt zudem die öffentliche Wertschätzung ihres Engagements in Freiwilligendiensten.
- Eine Anpassung des Schulgesetzes, welche den Freiwilligendienst generell als anerkannten Grund für das Aussetzen der Schulpflicht für gültig erklärt. Derzeit ist dies nur im Rahmen eines befristeten Modellprojekts und ausschließlich in den Bereichen Pflege oder Erziehung möglich. Dieser Weg ist für die Zielgruppe unnötig kompliziert und erfordert eine jährliche, kurzfristige Genehmigung durch das Ministerium, was die Planungssicherheit für Träger erheblich erschwert. Eine dauerhafte gesetzliche Regelung ist daher dringend erforderlich.
- Die Einführung eines Informationsschreibens einer politisch verantwortlichen Person an alle angehenden Schulabgänger\*innen mit Informationen und der Einladung, sich bewusst für einen Freiwilligendienst zu entscheiden.

## **Begründung**

Freiwilligendienste im In- und Ausland sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Freiwilligendienste fördern das Einnehmen neuer Perspektiven und die Fähigkeit, sich mit gegenteiligen Meinungen auseinanderzusetzen und erhöhen die Sozialkompetenzen. Das Bewusstsein junger Menschen für den Wert von Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt wird geschärft. In den Einsatzstellen übernehmen Freiwillige Hilfstätigkeiten, die Fachkräfte entlasten. Sie treiben Projekte voran, die im Alltag aufgrund begrenzter Kapazitäten zurückgestellt werden würden. Gesellschaftlichen Fragmentierungsprozessen wird entgegengewirkt, indem sich alle jungen Menschen milieuübergreifend einbringen können. Konstitutives Element der Dienste ist die Freiwilligkeit der Teilnehmer\*innen. Denn

77 nur diese motiviert zu weiterem freiwilligen Engagement.

78  
79 Die Freiwilligendienste sind aus zivilgesellschaftlichen, kirchlichen Strukturen  
80 hervorgegangen  
81 und werden seit 1964 in gesetzlichen Strukturen geregelt. Die Dienste werden als  
82 Bildungs-  
83 und Orientierungsjahr durchgeführt sowie arbeitsmarktneutral und an den  
84 Interessen der  
85 Freiwilligen ausgerichtet gestaltet. Der Bildungs- und Orientierungscharakter  
86 wird im Freiwilligendienst durch hochwertige pädagogische Begleitung gewährleistet, um die  
87 Persönlichkeits-  
88 entwicklung zu unterstützen.

90  
91 Dabei ist für uns klar, Freiwilligendienste sind kein arbeitsmarktpolitisches  
92 Instrument sind.  
93 Wir setzen uns für eine angemessene pädagogische Förder- und Forderungspolitik  
94 ein. Freiwillige sollen in ihren Interessen gefördert und gleichermaßen in der Arbeit  
95 gefordert werden,  
96 statt undankbare Aufgaben zu erledigen. Ein Freiwilligendienst ist vielmehr eine  
97 Chance, den  
98 Arbeitsalltag kennenzulernen und sich weiterzuentwickeln. Dies geschieht unter  
99 Einhaltung  
100 der Arbeitsmarktneutralität und gerahmt von qualitativ hochwertiger  
101 Bildungsarbeit.

102  
103  
104 Noch immer ist es ein Privileg, einen Freiwilligendienst leisten zu können.  
105 Freiwillige erhalten  
106 für ihren Dienst kein Entgelt, sondern lediglich ein Taschengeld, das nicht  
107 ausreicht, um  
108 Lebenshaltungskosten zu decken. Um den Abbau von strukturellen, insbesondere  
109 sozioökono-  
110 mischen Barrieren in den Freiwilligendiensten voranzutreiben, bedarf es auch von  
111 staatlicher  
112 Seite stärkerer Unterstützung. Ein weiteres Hemmnis zur Leistung eines  
113 Freiwilligendienstes  
114 ist das Unwissen, wie und wo ein solcher Dienst geleistet werden kann. Offensive  
115 Werbung  
116 und niedrigschwellige Informationen für ein gesellschaftliches Engagement  
117 überwiegend  
118 junger Menschen in den Freiwilligendiensten sind notwendig, werden zurzeit  
119 allerdings nicht  
120 refinanziert. Gemeinsam mit einer entsprechenden Informationskampagne, einer  
121 „Einladung  
122 der Gesellschaft“ zu einem Freiwilligendienst, könnte die Anzahl an  
123 Freiwilligendienstleistern-

124 den pro Jahrgang mindestens verdoppelt werden. Nur so wird ein freiwilliges  
125 Recht auf Dienst  
126 zum konkreten Gegenentwurf zu einer unsolidarischen Pflicht zum Dienst.  
127  
128 Junge Menschen müssen nicht zu sinnvollen Tätigkeiten gezwungen werden. Das  
129 beweisen  
130 jedes Jahr rund 100.000 überwiegend junge Menschen, die sich deutschlandweit in  
131 einem Frei-  
132 willigendienst engagieren. Ein Pflichtdienst widerspricht außerdem den  
133 elementaren Freiheits-  
134 und Grundrechten, die der Vorstellung eines solidarischen Miteinanders der  
135 Generation zuwi-  
136 derlaufen, ist paternalistisch und schränkt die Zukunftsperspektiven junger  
137 Menschen ein.  
138 Weiter ist er mit der derzeitigen Fassung des Grundgesetzes unvereinbar, die  
139 Vereinbarkeit  
140 mit der Europäischen Menschenrechtskonvention ist mindestens strittig. Ein  
141 Pflichtdienst  
142 wirkt im Gegensatz zum Freiwilligendienst demotivierend und kann zu  
143 antriebslosem Absitzen  
144 der Dienstzeit führen, was wiederum eine zusätzliche Belastung für die  
145 Einsatzstellen darstellt.  
146 Wer gegen den eigenen Willen zu einem Dienst an der Gesellschaft gezwungen wird,  
147 ist für  
148 den Rest seines Lebens eher der Überzeugung, nun genug getan zu haben, was sich  
149 kontrapro-  
150 duktiv auf das Ehrenamt auswirkt. Wir haben die Sorge, dass sich die  
151 Arbeitsumstände und  
152 pädagogische Begleitung durch einen Pflichtdienst deutlich verschlechtern  
153 würden. Zudem  
154 überschreiten die geschätzten Kosten für einen Pflichtdienst die geschätzten  
155 Kosten für einen  
156 Rechtsanspruch auf Förderung eines jeden geschlossenen  
157 Freiwilligendienstvertrages um den  
158 Faktor fünf bis acht.  
159  
160 Der Freiwilligendienst fällt in die Verantwortung der Bundespolitik, doch auch  
161 das Landesmi-  
162 nisterium hat eine entscheidende Rolle dabei, dieses Anliegen auf Bundesebene  
163 einzubringen.  
164 Gleichzeitig gibt es auf Landesebene verschiedene Stellschrauben, um die  
165 Situation der  
166 Freiwilligen spürbar zu verbessern. In Rheinland-Pfalz können gezielte Maßnahmen  
167 ergriffen  
168 werden, etwa durch bessere finanzielle Unterstützung, eine erleichterte  
169 Anerkennung des  
170 Freiwilligendienstes im Schulrecht oder eine stärkere Förderung von Mobilität

171 und Werbung,  
172 um mehr junge Menschen für ein freiwilliges Engagement zu gewinnen.

173 \_\_\_\_\_

174 <sup>1</sup><https://www.dbjr.de/artikel/freiwilligendienste-jetzt-staerken>